



Das Kellogg-Gelände direkt an der Weser ist 15 Hektar groß. Läuft alles nach Plan, wird der Windparkprojektierer WPD das Areal kaufen und mit der Stadt weiterentwickeln.

FOTO: KLAMA

Eine bremische Lösung

VON MAREN BENEKE

Bremen. Vertrauen. Dieses Wort wird an diesem Mittwoch so häufig genannt wie kein anderes. Vertrauensvoll seien die Gespräche zwischen dem Nahrungsmittelkonzern Kellogg Manufacturing und der Stadt verlaufen. Da sind sich alle Seiten einig. Und dass keine Inhalte der Gespräche nach außen gedrungen sind, habe dieses Vertrauen noch einmal bestärkt.

Über Monate und Wochen hinweg war hinter verschlossenen Türen verhandelt worden. Schließlich ging es um nicht weniger als die Zukunft eines 15 Hektar großen Grundstücks in bester Stadtlage. Ein Areal, auf dem Kellogg mehr als 50 Jahre Frühstücksflocken hergestellt hat. Nachdem der Konzern 2016 angekündigt hatte, die Produktion einzustellen, gab es viele Diskussionen darüber, wie es mit dem Gelände weitergehen soll. Das gipfelte zwischenzeitlich sogar in einem Streit zwischen Wirtschafts- und Baurechtsrat über die Zuständigkeiten.

Doch zuletzt war es überraschend ruhig geworden – bis alle Beteiligten am Montag schließlich eine gemeinsame Lösung präsentierten, die bremischer wohl nicht hätte ausfallen können: ein gegenseitiges Einverständnis zwischen Kellogg und der Stadt, dass das Gelände gemeinsam weiterentwickelt und beplant wird. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde unterzeichnet. Bis Ende Mai wird nun weiterverhandelt. Dann soll ein städtebaulicher Vertrag zwischen beiden Parteien geschlossen werden, in dem der weitere Planungsprozess, aber auch Fragen etwa zur Aufteilung der Kosten geregelt werden. Die Stadt bekommt also ein Mitspracherecht, wie es auf dem Grundstück weitergeht.

„Natürlich wollten wir nichts verschenken“, sagt der ehemalige Kellogg-Werkleiter Rainer Frerich-Sagurna. Kellogg habe aber auch kein Interesse daran gehabt, im Sinne eines Immobilienmaklers den höchsten Preis zu erzielen. Dem Konzern sei an einer „fairen Lösung“ gelegen gewesen. Die Stadt wiederum wollte verhindern, dass das Gelände zu einem Spekulationsobjekt wird. Wirtschaftsstaatsrat Ekkehart Siering, der

die Verhandlungen für die Stadt geführt hat, sagt nun: „Am Ende gibt es keine Verlierer.“ Die eine Seite bringe sich mit wirtschaftlichen, die andere Seite mit städtischen Interessen ein. Und für die Stadt bedeutet die Lösung nun, dass sie nicht selbst investieren beziehungsweise das Gelände nicht selbst erwerben muss. Auch Andreas Heyer, Chef der Wirtschaftsförderung Bremen, die für die Vermarktung der Überseestadt zuständig ist, nennt die Verständigung zwischen Bremen und Kellogg „eine historische Chance und ideale Voraussetzung für die Fortsetzung der Überseestadt-Erfolgsgeschichte“.

Der weitere Fahrplan für das Gelände steht bereits fest: Mehrere Vorstudien und ein Masterplan für die Gesamtfläche südlicher Europahafen sollen Klarheit darüber bringen, wie die Fläche – auch unter Einbeziehung der gesamten Überseestadt – weiterentwickelt werden könnte. Schon jetzt sind sich alle Seiten darüber einig, dass Wohnungen, öffentliche Einrichtungen sowie Raum für Dienstleistungen und Gewerbe auf dem Areal vorstellbar wären. Im bundesweiten Baurecht ist diese Form der Mischnutzung nach Angaben des Baurechtsrats erst kürzlich als urbanes Gebiet festgeschrieben worden. Im weiteren Planungsprozess wird es dazu ein umfangreiches Beteiligungsverfahren mit allen Betroffenen



geben, also auch den Nachbarn, die in dem Teil des Europahafens schon ansässig sind.

In dem städtebaulichen Vertrag, der, so der Plan, Ende Mai zwischen Stadt und Kellogg vereinbart wird, sollen diese Punkte schon einmal grob festgehalten werden. Mit weiterem Leben gefüllt werden die Ergebnisse dieser Vorplanungen dann im Anschluss. „Bremen ist es gelungen, so wichtige Aspekte wie soziale Infrastruktur, Grünflächenplanung, Alltagsinfrastruktur oder beispielsweise Hochwasserschutz mitaufzunehmen“, sagt Bausenator Joachim Lohse (Grüne). Diese müssten nun präzisiert werden. Vor allem aber werde der städtebauliche Vertrag dazu beitragen, einen für beide Seiten akzeptablen Grundstückswert zu garantieren. Bis 2021, so heißt es, sollen alle baurechtlichen Fragen geklärt sein. Dann könnten die ersten Bagger rollen.

Mit WPD steht bereits ein Investor bereit, der das Gelände von Kellogg kaufen möchte. Kommt der Kaufvertrag zustande, übernimmt der Windparkprojektierer sämtliche Rechte und Pflichten, die zuvor zwischen Stadt und dem US-amerikanischen Konzern vereinbart wurden. Gleichzeitig wird WPD zum Investor, entwickelt das Grundstück also mit.

Dass dieses Geschäft noch platzen könnte, danach sieht es derzeit nicht aus. Am Mittwochmorgen sitzen WPD-Chef Klaus Meier, Kellogg-Vertreter Frerich-Sagurna und Jens Lütjen, geschäftsführender Gesellschafter des Immobilienunternehmens Robert C. Spies, einträchtig zusammen. Lütjen, der die Verhandlungen beratend begleitet hat, sagt: „Mit einem bremischen Investor wie WPD wird möglich, was mit anderen Investoren hätte schwierig werden können.“ Schließlich würden sich Politik und Unternehmen seit Jahren kennen. „Und alle sind sich einig: Aus dem Quartier muss etwas Vernünftiges werden.“ Auch Meier sagt: „Ich habe keine Zweifel, dass es klappt.“

WPD hat daran nicht nur ein Interesse als Investor, sondern will auch selbst als Bauherr tätig werden. Denn die Firmenzentrale in Nachbarschaft zum Kellogg-Gelände ist zu klein geworden für die mehreren Hundert Mitarbeiter des Windparkprojektier-

ers. Aber auch für das restliche Areal hat der designierte Investor Wünsche: Er träumt von einem „grünen Quartier“, also einem Gelände, auf dem es Tankstellen für E-Autos gibt, der Strom aus bereits andernorts errichteten Windkraftanlagen kommt und die Gebäude mit Fernwärme geheizt werden. Ideen, denen auch Staatsrat Siering etwas abgewinnen kann. „Wir haben nun alle Möglichkeiten, das Areal gemeinsam zu entwickeln. Das ist eine optimale Situation.“

Karstadt-Eigner bietet für Kaufhof

Drei Milliarden Euro im Gespräch

Köln. Die kanadische Kaufhof-Mutter Hudson's Bay Company (HBC) hat nach eigenen Angaben ein Übernahmeangebot für ihre deutsche Tochter erhalten – vom österreichischen Karstadt-Eigentümer Signa. Das Unternehmen mit Sitz in Toronto bestätigte am Mittwoch, dass am selben Tag ein „unvollständiges, nicht-bindendes und unaufgefordertes Angebot“ von der Signa Holding GmbH eingegangen sei. Das Angebot enthalte keine Anhaltspunkte für die Finanzierung, teilte HBC außerdem mit. Signa war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

HBC reagierte damit auf Medienberichte, wonach Signa ein Angebot in Höhe von drei Milliarden Euro für die angeschlagene Warenhaus-Kette abgegeben habe. HBC bestätigte lediglich, dass sich das Angebot auf das deutsche Geschäft sowie auf andere Immobilienwerte beziehe. Das Angebot werde nun sorgfältig geprüft. Ansonsten verfolge man weiterhin konzentriert die Strategie und Planungen zum Geschäft für die anstehenden Feiertage, hieß es. Zumindest indirekt wird in der Mitteilung angedeutet, dass man sich nicht von der deutschen Warenhaus-Tochter trennen möchte: „Wie wir früher bereits gesagt haben, ist unser europäisches Geschäft ein wichtiges Element der Unternehmensstrategie.“

Nach eigenen Angaben wurde HBC von der kanadischen Aufsichtsbehörde IROC dazu angehalten, öffentlich auf die Berichte zu reagieren. Weitere Kommentare werde es nicht geben, es sei denn, diese seien gesetzlich erforderlich.

Gerüchte um ein mögliches Zusammengehen von Karstadt und Kaufhof gibt es seit Jahren. Unter anderem die Signa-Holding des österreichischen Investors und Karstadt-Eigentümers René Benko hat sich in den vergangenen Jahren für eine „Deutsche Warenhaus AG“ starkgemacht. Vor rund zwei Jahren unterlag Signa im Bieterrennen um den milliarden schweren Kaufhof-Erwerb aber gegen den kanadischen Handelskonzern.

Wie die Konzernmutter HBC leidet auch die Tochter Kaufhof unter Verlusten und rückläufigen Umsätzen. Der Handelsriese will deshalb Einschnitte bei Löhnen und Gehältern der etwa 21.000 Mitarbeiter durchsetzen. DPA

Herausforderungen in der Welt von morgen

Bremer Unternehmer und Politiker diskutieren über Probleme der Digitalisierung

VON HELGE HOMMERS

Bremen. Wie ist es möglich, dass Kunden online den Lieferstatus ihrer Bestellung verfolgen können, Spediteure in Bremen aber auf die Genehmigung für einen Schwertransport acht statt der versprochenen zwei Wochen warten müssen? „Wieso werden solche Wege nicht digitalisiert und damit beschleunigt?“, fragt Jörg Müller-Arnecke, Landesvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates, am Mittwoch bei der Konferenz „Digitale Zukunft@bremen“ – eine Veranstaltung, die der „Tagesspiegel“ unter anderem zusammen mit dem WESER-KURIER als Medienpartner ausgerichtet hat. Für Müller-Arnecke könnte Bremen ein Vorreiter auf dem Gebiet der Digitalisierung sein, nutze sein Potenzial aber nicht.

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) ist anderer Meinung: „Bremen ist kein verschlafener, sondern ein dynamischer Ort“, sagt er. Pkw- und Gewerbeanmeldungen würden online unterstützt; Ge-

burten online sofort registriert und alle weiteren Verfahren digital begleitet. Dank seiner Groseinrichtungen – wie etwa der Universität und der Jacobs University – sei Bremen gut gerüstet, digitale Kompetenzen zu entwickeln. Probleme gebe es hingegen im Forschungstransfer zwischen den Einrichtungen und Klein- und Mittelunternehmen. Auf die digitale Bildung angesprochen, entgegnet Sieling, dass diese Bremens „digitale Achillesferse“ sei. Allerdings werde die Digitalisierung auch hier vorangetrieben, so soll etwa das Smartphone als Unterrichtselement eingebaut werden. Eine Hürde stelle aber unter anderem der Datenschutz dar.

Veränderungsbereitschaft ist für Kai Stührenberg, den Referatsleiter für Innovation, Digitalisierung und neue Themen beim Wirtschaftsstaatsrat, die wichtigste Voraussetzung, um als Unternehmer in der digitalen Welt zu bestehen. So hätten sich zwar zwei Drittel der Bremer Unternehmer mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt, aber nicht alle das Nötige in die Wege geleitet,

um den Anforderungen von morgen gerecht zu werden. Dabei seien Möglichkeiten vorhanden, Fördergelder und das erforderliche Wissen zu erhalten. Wie etwa über das Kompetenzzentrum, das aber für einen der etwa 115 Zuhörer das „Unwort des Jahres“ ist: „Warum wird immer erst lange überlegt, was getan werden muss, anstatt direkt Bagger zu nehmen und Kabel zu verlegen?“, fragt er. Stührenberg entgegnet, dass die Kompetenzzentren da seien, um sukzessive Strukturen zu schaffen.

Mit mehr als einer Million Beschäftigten sei die IT-Branche inzwischen Deutschlands größter Industriearbeitgeber und Digitalisierung ein Trend, dem sich keine Branche entziehen könne, sagt Moritz Döbler, Chefredakteur des WESER-KURIER, der die Veranstaltung moderierte. Befürchtungen unter den Zuhörern, dass durch die Digitalisierung viele Arbeitsplätze wegfallen würden, teilten die Referenten nicht. „Die Potenziale sind groß, es werden daher viele neue Stellen entstehen“, meint etwa Sieling.

ANZEIGE

10 × lesen, nur 8 × zahlen

über
20%*
sparen!

Gutschein
Montag bis Freitag



Gutschein
Sonnabend oder Sonntag



Das WESER-KURIER Gutscheinheft!

- > Erhältlich bei zahlreichen Händlern sowie im Pressehaus und in den regionalen Zeitungshäusern
- > Einzulösen fast überall, wo es den WESER-KURIER gibt

Online-Händlersuche:
weser-kurier.de/gutscheinheft

WESER
KURIER

*Gegenüber dem regulären Einzelkauf.